

Das christliche
Menschenbild
als Grundlage von Politik

Zum Verhältnis von Staat und Kirche

Winfried Kretschmann

Beim ersten Lesen des Titels „Die Zukunft der christlichen Demokratie in Deutschland und die Grundwerte in der Politik“ dachte ich mir spontan, auf so eine unsinnige Formulierung können nur CDUler kommen. Denn wir sind ja bekanntlich ein moderner Verfassungsstaat. Religionsfreiheit und damit die Trennung von Staat und Kirche gehören zu seinen Fundamenten. Das ist schon in den Schriften des Neuen Testaments angelegt. Bei der Herausbildung eines christlichen Staatskirchentums von der Spätantike bis zur Neuzeit hat sich das Christentum auf einen Irrweg begeben. In den Staaten islamischer Tradition haben wir diesen Irrweg der Einheit von Religion und Staat täglich vor Augen.

Die Einheit von Staat und Religion untergräbt die Freiheit. Sie führt deshalb zu Ungerechtigkeit und Unfrieden, letztlich zu Unterdrückung und Gewalt. Wir kennen dies aus unserer eigenen Geschichte, und wir erleben es gegenwärtig durch den islamistischen Fundamentalismus, der an seinen Rändern in Terrorismus ausartet. Der Staat muss in religiösen Fragen neutral bleiben. Nicht alle Bürgerinnen und Bürger glauben an Gott, und die, die an ihn glauben, tun es nicht alle auf dieselbe Weise. In Weltanschauung und Religion dürfen wir uns unterscheiden. Das ist der innerste Kern unserer Freiheitsrechte. Worin wir Menschen uns gleichen, ist die Tatsache, dass wir alle vernunftbegabte Wesen sind. Das nun führt zum inneren Kern der Demokratie: Uns im öffentlichen Raum als freie

Bürgerinnen und Bürger gegenseitig mit Argumenten zu überzeugen, die der Vernunft zugänglich sind. Man stelle sich vor, wir würden uns bei Gesetzesvorhaben im Parlament gegenseitig mit religiösen Wahrheiten traktieren. Das könnte nur in einer Gesinnungsdiktatur enden. Demokratische Politik aber geht von der Verschiedenheit der Menschen aus, von ihrer Pluralität (Hannah Arendt).

Deswegen kann man auch, wie Annette Schavan richtig ausgeführt hat, aus der Bibel kein Parteiprogramm machen. Sonst wird man, wie die Partei Bibeltreuer Christen, zur Sekte. Das soll allerdings keine Kritik am kooperativen Modell der Trennung von Staat und Kirche in Deutschland sein, wie es etwa im Religionsunterricht als ordentliches Fach an staatlichen Schulen zum Ausdruck kommt. Wir sind ein säkularer, kein laizistischer Staat.

Neutralität des Staates bedeutet in diesem Zusammenhang nicht das Herausdrängen von Religion und Religionsgemeinschaften aus allen Institutionen wie Schule, Universität oder Rundfunk. Neutralität bedeutet hier eher eine Schiedsrichterfunktion des Staates. Er achtet darauf, dass keine Religion benachteiligt oder bevorzugt wird.

Dieses Modell ermöglicht es den Religionen, im öffentlichen Raum und damit in der Gesellschaft präsent zu sein. Deshalb sind die Kirchen nach wie vor in unserem Land die wichtigste zivilgesellschaftliche Kraft. Denken wir nur an Caritas und Diakonie, ohne die die soziale Grundstruktur unseres Gemeinwe-

sens gar nicht denkbar wäre: Subsidiarität und Solidarität als Prinzip der ganzen Gesellschaft. Deshalb sind wir ein sozialer Rechtsstaat, der vom Prinzip der christlichen Nächstenliebe durchwirkt ist.

Ein weiteres grundsätzliches Argument spricht gegen so etwas wie eine christliche Demokratie. Das Christentum ist eine Gesinnungsreligion. Politik aber folgt primär dem, was Max Weber – etwas missverständlich – Verantwortungsethik genannt hat. Wir sprechen heute besser von Folgenethik. Die popularisierte Form dieser Folgenethik verdanken wir Helmut Kohl: Es kommt darauf an, was hinten rauskommt.

Vor Gott und damit auch unseren Lieben kommt es nur darauf an, ob wir es gut gemeint haben. In der Politik kommt es darauf an, wie wir die richtige Sache zum Erfolg führen. Gute Absichten zählen hier noch nicht. Das meinen wir, wenn wir in politischen Kreisen „gut gemeint“ als das Gegenteil von gut bezeichnen. Vor Gott sind wir durch unseren Glauben gerechtfertigt, vor dem Volk durch unsere Leistung.

Beim „zweiten Lesen“, also nachdenken, konnte ich mich dann doch etwas mit

dem Titel anfreunden. Unsere Verfassung und damit unsere freiheitliche, demokratische und soziale Grundordnung ist vom christlichen Geist imprägniert. Sie basiert auf dem Artikel 1 unseres Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Unantastbar ist ja ein profaner Ausdruck für heilig. Und „ist“ bedeutet: Dieser Satz ist eine unumstößliche Wahrheit. Also nicht einfach nur ein Wert, der dem Wertewandel der Zeit unterliegt. Das ist nicht nur eine Interpretation, sondern rechtlich festgeschrieben (Artikel 79 Grundgesetz): Dieser Satz kann durch keine Mehrheit, nicht mal einstimmig, also nie geändert werden, solange diese Republik besteht. Er geht aller Politik voraus, entfaltet die Grund- und Menschenrechte. Er ist das eigentlich religiöse, christlich-jüdische Desiderat unserer Verfassung.

Der Mensch ist Ebenbild Gottes. Das heißt, der Mensch, wie er geht und steht, ist der richtige Mensch. Jeder. Ohne Ausnahme. Solch ein Menschenbild als Grundlage der Politik ist gut christlich, also universal gültig. Es ist säkular formuliert und somit für alle annehmbar. So soll christliche Politik sein.

Politik aus christlicher Verantwortung

„Das pragmatische Vordenken der christlich-demokratischen Bewegung hat den Grundstein dafür gelegt, dass die Politische Meinung und die Konrad-Adenauer-Stiftung einander seit Jahrzehnten partnerschaftlich verbunden waren und sind. [...]

Vor fünfzig Jahren haben die Männer um Konrad Adenauer und Bruno Heck, wie zum Beispiel Otto Lenz und Erich Peter Neumann, die entscheidenden Weichen für die Zukunft der christlich-demokratischen Bewegung gestellt. Sie haben das Feld einer Politik aus christlicher Verantwortung bestellt. [...]

Besonders wichtig war ihnen dabei, wie Bruno Heck notierte, ‚daß die Grundsätze der Unionsparteien die geistige Grundlage ihrer Politik unter den Perspektiven der sich so kräftig verändernden Verhältnisse im Wirtschaftlichen, im Sozialen, im Weltverständnis und im Weltverhältnis reflektiert und aufgearbeitet werden müssen, um dann in die politische Bewußtseinsbildung eingeführt werden zu können‘. Dieser Reflexion, dieser gedanklichen Aufarbeitung der Fragen der Zeit ein intellektuelles Forum zu bieten sollte die vorrangige Aufgabe der Zeitschrift Die Politische Meinung sein.“

Bernhard Vogel anlässlich des Festaktes „Fünfzig Jahre Politische Meinung“ am 26. Januar 2007